

Nein zu den imperialistischen Kriegen der Achse des Erdöls

Die USA bereiten eine weitere Etappe ihres Krieg gegen die irakische Bevölkerung vor. Eine weitere Etappe? Ja. Denn im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte haben die herrschenden Kreise der USA eine Politik umgesetzt, welche darauf abzielt, ihren Einfluss in dieser strategischen Erdölregion neu zu organisieren.

Der Sturz der Pahlavi-Dynastie (des iranischen Schah) im Februar 1979 führte dazu, dass ihr wichtigster Verbündeter von der Bildfläche verschwand. Sein Regime spielte zuvor die Rolle eines Polizisten in der Region. Ausserdem kümmerte sich seine politische Polizei, die Savak, um die rücksichtslose Unterdrückung all jener, die sich gegen diese Rolle im Dienste des Westens stellten.

Als am 31. März 1979 in Teheran die Islamische Republik ausgerufen wird, beginnt also eine für Washington unerwartete politische Phase. Der rote Faden hinter sämtlichen Intrigen, die sie in der Folge davon anzetteln, besteht in dem Ziel, erneut die Kontrolle über diese Region zu sichern, die auf einem Meer von Erdöl schwimmt. Das Schicksal der Bevölkerungen all dieser Länder ist angesichts der Frage der Kontrolle der Erdölströme bedeutungslos geblieben. Denn das Erdöl hat eine zentrale Stellung für das Funktionieren der Industrien der imperialistischen Länder (vom Automobil bis zur Chemie) inne.

Saddam und Rumsfeld: zwei ehemalige Gefährten

Ab Juli 1979 hält Saddam Hussein, der seit 1968 eine zentrale Rolle im irakischen Herrschaftssystem spielt, alle Fäden der Macht in seinen Händen. Er ist Präsident der Republik und des Revolutionären Kommandorates, Gene-

ralsekretär der Baath-Partei und oberster Kommandant der bewaffneten Streitkräfte. Die Repression wird in den Rang der Regierungsmethode erhoben. Die Einkommen aus der Erdölrente erlauben in der Folge des 1973 einsetzenden Anstiegs der Ölpreise einerseits die Bereicherung einer parasitären, an die Staatspartei gebundenen Schicht,



und andererseits eine gewisse Umverteilung in Richtung der am meisten benachteiligten gesellschaftlichen Sektoren (Bauern, städtisches Proletariat).

Im Rahmen der sich 1979 herausbildenden neuen geo-politischen Situation löst die Regierung von Saddam Hussein den ersten Golfkrieg aus: den Krieg des Iraks gegen den Iran, der von 1980 bis 1988 dauert.

• Der Krieg beginnt im September 1980. Der Irak stösst auf iranisches Gebiet vor. Der UNO-Sicherheitsrat begnügt sich

damit, den Irak ohne die Androhung jeglicher Vergeltungsmassnahmen zum Rückzug aufzufordern! Weshalb? Weil Saddams Vorstoss sowohl den Erdölmonarchien am Golf (Saudi-Arabien, Kuwait) als auch den USA und den wichtigsten westlichen Ländern gut in den Kram passt: Der Iran und seine „islamische Revolution“ muss dadurch jegliche Idee einer Ausweitung seines Einflusses aufgeben.

• Im Februar 1982 wird der von der Sowjetunion unterstützte Irak wie durch ein Wunder von Washingtons „Liste der terroristischen Länder“ entfernt. Im November 1982 versichert der „sozialistische“ Präsident Mitterrand anlässlich einer Reise nach Ägypten den Irak seiner Unterstützung. Übrigens leiht ihm Frankreich fünf Kampfflugzeuge des Typs *Super Etendard* aus. 1983 stattet Donald Rumsfeld, der heutige Kriegstreiber im Verteidigungsdepartement der USA, Saddam Hussein einen Besuch ab: Er überbringt ihm „Grüsse von Ronald Reagan und gibt seiner Freude Ausdruck, in Bagdad zu sein.“ (*Newsweek*, 23. September 2002).

• Besuche dieser Art verfolgten das eindeutige Ziel sicherzustellen, dass das Regime von Saddam Hussein über die notwendigen militärischen Mittel verfügt, um dem Iran die Stirn bieten zu können. Hunderttausende Todesopfer „auf beiden Seiten“ lagen im Interesse Washingtons. Beide Regimes würden geschwächt aus dem Krieg hervorgehen.

Die Wochenzeitung *Newsweek* schreibt: „Es ist schwierig zu glauben, dass Amerika während den 80er Jahren es der irakischen Atomenergiekommission weitgehend erlaubt hat, Bakterienkulturen zu importieren, die zur Herstellung biologi-

Demo gegen den Krieg
Samstag, den 2. November in Bern
Besammlung: 14 Uhr, Helvetiaplatz

scher Waffen verwendet werden können. Doch das ist tatsächlich geschehen.“ Howard Teicher, der damals Mitglied des nationalen Sicherheitsrates der USA war und Donald Rumsfeld nach Bagdad begleitete, hat 1995 darauf hingewiesen, dass der CIA-Direktor William J. Casey die Geschehnisse überwachte, um sicherzustellen, dass „der Irak in ausreichendem Masse über Waffen, Munition und Fahrzeuge verfügt.“ So erhielt Ägypten Panzer aus den USA und gab seine eigenen, von russischer Herkunft, an den Irak weiter. *Newsweek* präzisiert: „Reagans Regierung hat damit begonnen, dem Irak den Kauf einer grossen Vielfalt an Material und Ausrüstungen bei amerikanischen Herstellern zu erlauben, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.“ Bereits 1991 präsentierte Kenneth R. Timmerman zahlreiche Einzelheiten über die amerikanischen Lieferungen von Armeehelikoptern, Aufklärungssystemen, usw.

Die Regierungen von Reagan und Bush Vater liessen zusammen mit der Sowjetunion, China, Frankreich, Deutschland (BRD), Ägypten und Pinochets Chile dem Regime von Saddam Hussein jene technischen Mittel zukommen, die es benötigte, um die inzwischen berühmt gewordenen „Massvernichtungswaffen“ herzustellen.

- Erstmals im Januar 1984 fordert der Iran die UNO dazu auf, eine Untersuchung über den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak vorzunehmen... und stösst damit auf taube Ohren. Doch diese Art von Waffen wird in der Folge davon noch oft eingesetzt. Erst nach dem Waffenstillstand zwischen dem Iran und dem Irak vom Juli 1988 findet in Paris eine Konferenz über das Verbot chemischer Waffen (Januar 1989) statt! Im März 1988 wird die kurdische Bevölkerung von Halabja (Nordirak) Opfer eines mörderischen Angriffs mit chemischen Waffen. Im August 1988 verursacht eine Offensive der irakischen Armee Tausende von Todesopfern (Kampfgase) und treibt 100 000 irakische KurdInnen zur Flucht in Richtung Türkei und Iran. Selbstverständlich hat der UNO-Sicherheitsrats dies hervorgerufen. Aber er hat keine Resolution hervorgebracht. Der Grund dafür ist einfach: Es musste verhindert werden, dass die USA ihr Veto dagegen einlegen (*The Economist*, 28. September 2002)!

- Schlussfolgerung: So lange das tyrannische irakische Regime sich bewaffnet und Krieg gegen den Iran führt (oder gegen die KurdInnen im Irak, welche die „Stabilität“ der Region gefährden), ist alles in Ordnung.

Doch der Wind weht aus einer anderen Richtung, als der Irak mit einer bis zum Tode gequälten Bevölkerung aus diesem Krieg hervorgeht und seine Regierung versucht, sein militärisches Potential einzusetzen, um eine „Belohnung“ seitens der Erdölmonarchien für seine militärischen Anstrengungen einzufahren. Denn in den Augen Washingtons darf die militärische Regionalmacht des Iraks von Saddam Hussein seine Stellung als erstrangiger Erdölproduzent keinesfalls stärken.

Die USA machen sich also daran, die imperialistische Herrschaft über die gesamte Region neu zu gestalten. Seit dem Beginn des letzten Jahrhunderts (1916) liegt das Schicksal dieses Teils der Welt und seiner Bevölkerung stetig in den Händen der imperialistischen Mächte, welche ihre unter dem Boden befindlichen Reichtümer kontrollieren wollen.

Die irakische Bevölkerung wird geopfert

Der zweite Golfkrieg (meistens einfach als Golfkrieg bezeichnet) beginnt 1990-91 nach der irakischen Invasion Kuwaits. Diese war nur ein Teil eines Puzzles, dessen Anordnung in den Händen des imperialistischen Washingtons – und nicht eines lokalen Despoten – lag.

Die autokratischen Regimes wie jenes von Saddam Hussein neigen dazu, das Umfeld ihrer Handlungen und ihre eigenen Kräfte falsch einzuschätzen. Eine Invasion Kuwaits im August 1990 hat nichts zu tun mit einem Angriff auf Khomeinis Iran im Jahr 1980. Das hat Saddam Hussein nicht ganz verstanden. Die USA versäumen diese ihnen durch Bagdad gleichsam auf dem Tablett servierte Gelegenheit nicht, um ihre internationale Vorherrschaft zu einem Zeitpunkt zu bekräftigen, in dem sich die Sowjetunion im Zustand des Zusammenbruchs und der Auflösung befindet.

- Eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates verlangt ab dem 2. August den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait. Am 29. November wird ein Ultimatum ausgesprochen, verbunden mit der Androhung militärischer Gewalt. Zur „Befreiung“ Kuwaits greift der amerikanische Generalstab (Colin Powell u.a.) zum Mittel massiver Bombenangriffe auf den Irak! Im Verlaufe eines Monats (zwischen dem 17. Januar und dem 28. Februar 1991) sind gleich viele Bomben auf den Irak niedergegangen wie auf Deutschland im gesamten Zweiten Weltkrieg. Es handelte sich um einen Krieg ohne Krieger. Das Resultat? Der Bericht einer UNO-Mission hält unmittelbar nach dem Ende der Feindseligkeiten fest: „Der Irak ist auf lange Zeit hinaus in ein vorindustrielles Zeitalter zurückversetzt worden.“ Sämtliche Infrastrukturen (Wasser- und Stromversorgung, Brücken, Kanalisation...) wurden absichtlich zerstört. Das Opfer ist die zivile Bevölkerung.

- Die Regierung von Bush Vater lässt Saddam Hussein und seinen parasitären Umkreis an der Macht. Ein stark geschwächtes Regime, das aber immerhin die territoriale Einheit des Iraks garantiert (d.h. ein Auseinanderbrechen verhindert, dessen Dynamik und Auswirkungen für die USA und ihre Verbündeten in der Region kaum zu kontrollieren wären), gibt ihnen einen Joker in die Hand, den sie im richtigen Zeitpunkt ausspielen können. Zu Beginn der 90er Jahre steht der Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz in Saudi-Arabien und in anderen Golfstaaten im Vordergrund. Ausserdem sind die USA damit beschäftigt, die Grundzüge ihrer weltweiten imperialistischen Politik vor dem Hintergrund des Zerfalls der

Sowjetunion neu zu skizzieren. Dies erfordert eine vorübergehende Anpassungsphase.

- Um ihre unmittelbaren Absichten im Irak umzusetzen (ein stark geschwächtes Regime von Saddam Hussein, das sich leicht unter Druck setzen lässt), zögert die US-Regierung keinen Augenblick, die irakische Bevölkerung zu opfern.

Zunächst wird im Rahmen des zwischen den amerikanischen und irakischen Militärs ausgehandelten und am 28. Februar 1991 in Safwan unterzeichneten Waffenstillstandes Saddam Hussein die Erlaubnis erteilt, Helikopter und schwere Waffen einzusetzen, um die Aufstände von Einheiten der irakischen Armee, von Teilen der Bevölkerung im Süden des Iraks und dann von den KurdInnen im Norden niederzuschlagen. In Karbala und Samawwa werden chemische Waffen eingesetzt. Die Bilanz: Zehntausende von Todesopfern. All dies geschieht unter den Augen des amerikanischen Generalstabs.

Danach darf die Republikanische Garde, welche die persönlichen Streikkräfte Saddams stellt und von den Amerikanern nicht angerührt wurde, jene Volksaufstände zerschlagen, zu denen Bush Vater aufgerufen hatte.

Schliesslich halten die wirtschaftlichen Sanktionen, das Embargo sowie die Schaffung eines Entschädigungsfonds, der dazu dient, sowohl die kuwaitischen Eliten als auch... Swissair für erlittene Schäden finanziell zu entschädigen, den Irak im Würgegriff und begünstigen eine Verschärfung des räuberischen und parasitären Wesens der Clique, die an der Macht ist. Der Preis dafür sind Hunderttausende von Todesopfern, von denen ein Teil jetzt noch den Auswirkungen der von den amerikanischen „Befreier“ verwendeten Waffen (abgereichertes Uran) erliegt.

Diese kurze „Erinnerungsarbeit“ erlaubt eine präzise Einschätzung des Stoffes, aus dem jene „Grundsätze der Gerechtigkeit und der Freiheit“ gemacht sind, die jedes Mal zur Rechtfertigung einer militärischen Intervention ins Felde geführt werden.

Inspektionen und Krieg von tiefer Intensität

Ab 1991 wird die Entwaffnung des Iraks zu verschiedenen Zwecken instrumentalisiert.

- In erster Linie richten die USA und Grossbritannien im Alleingang, d.h. ohne irgend einen Entscheid der UNO, Flugverbotszonen im Süden und im Norden des Iraks ein. Die Begründung: Schutz der irakischen Bevölkerung vor Unterdrückung! Nun häufen sich die britischen und amerikanischen Luftangriffe seit dem Monat September 2002 deutlich und richten sich zum Beispiel gegen den zivilen Flughafen von Bassora oder die so genannten irakischen „Kommandozentren“. Das Ziel besteht darin, die bevorstehende Militäroffensive vorzubereiten. Die Botschaft ist unmissverständlich: Die Souveränität eines Landes hängt allein vom Entscheid Washingtons und seines blairistischen Feigenblatts ab.

- Zweitens können die Inspektoren der UNSCOM (United Nations Special Commission on Disarmament) nicht nur zur Vernichtung der (dem Irak zuvor gelieferten!) Waffen eingesetzt werden. Sie erlauben es Washington auch, eine Vielzahl von Zwischenfällen entstehen zu lassen, die dann als Vorwand für neue Angriffe benutzt werden.

Laut den Berichten der UNSCOM war der Irak Ende 1997 von einem rein qualitativen Standpunkt aus betrachtet, d.h. betreffend die tatsächliche Fähigkeit zur Herstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen in bedeutendem Ausmass, entwaffnet. In dieser Situation wäre folgende Option möglich gewesen: die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen bei gleichzeitiger Fortführung der Inspektionen. Doch dies entsprach nicht den Absichten Washingtons. Deshalb musste ein Zwischenfall geschaffen werden. Die Inspektoren wurden nicht einfach 1998 aus dem Irak ausgewiesen, wie es die Presse heute gerne und selbstgefällig nachbetet. Auf der Grundlage von Nachforschungen hat die amerikanische Presse (*Washington Post*, 3.2.1999; *New York Times*, 1.7.1999; *Boston Globe*, 1.6.1999) die Tatsache bestätigt, dass die USA „die Inspektoren-Teams im Irak mit Spionen und Spionagematerial infiltriert hatten, um die irakische Armeeführung abzuhören, ohne dass die UNO-Agentur davon etwas wusste.“ Dies erklärt den Rückzug der Inspektoren im Jahr 1998... wenige Tage vor den Bombenangriffen, welche die Mehrheit der von der UNSCOM untersuchten Anlagen trafen. Das war die Operation „Wüstenfuchs“ im Dezember 1998. Diese viertägigen Bombenangriffe stellten den Beginn eines Krieges von tiefer Intensität (*low intensity war*) dar, der bis heute anhält.

- Schliesslich dient die Entwaffnung des Iraks seit der Schaffung der neuen Inspektions- und Überprüfungscommission UNMOVIC im Dezember 1999 dazu, eine „Vertiefung“ der Inspektionen zu fordern, ohne dass die wirtschaftlichen Sanktionen gelockert und die Bombenangriffe gestoppt würden. Anders gesagt beginnt zu jenem Zeitpunkt die politische Kampagne zu Gunsten eines „Regimewechsels“, und eine massive militärische Intervention wird zur ersten Priorität in dieser Hinsicht (nachdem sich die Hoffnung auf einen Staatsstreich innerhalb des irakischen Regimes nicht erfüllt hat).

Sich den Schatz unter den Nagel reissen

Angesichts all dieser Massnahmen ist es erlaubt, sich die folgende Frage zu stellen: Wie lässt sich die aufwendige Hartnäckigkeit der US-Regierung erklären? In seinem Bericht vom 25. September 2002 in Brüssel antwortet Hans C. von Sponeck, zwischen 1998 und 2000 UN Humanitarian Coordinator for Irak, auf diese Frage, indem er eine Aussage von Richard Lugar aus der Republikanischen Partei (Indiana) vor dem aussenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Senats zitiert: „... wir werden das Erdölgeschäft beherrschen. Wir werden dafür sorgen, dass es gut läuft. Wir wer-

den Geld damit verdienen. Und das wird helfen, den Irak wieder zu rehabilitieren, denn dort gibt es Geld.“

Dem ist nichts anzufügen. Höchstens vielleicht, dass der Irak über bedeutende Erdölvorkommen verfügt, die von hoher Qualität sind, deren Förderkosten tief liegen und deren Vermarktung keine nennenswerten Transportschwierigkeiten verursacht. Jenes Land (die USA) und jene Firmen (aus den USA), die sich die Kontrolle über das irakische Öl sichern, werden den Energiemarkt im kommenden Jahrhundert beherrschen können. Ein Jahrhundert, in dessen Verlauf die Reserven an fossilen Brennstoffen sehr stark zurückgehen werden, und in dem die Energiewende auch den Erdölkonzernen bedeutende Investitionen abverlangt wird, welche durch die Ölrente finanziert werden, bis neue Energiequellen selbst zur vollen Reife kommen.

Im Irak „das Regime auswechseln“ heisst in erster Linie, sein Erdöl unter Kontrolle zu bringen, und ausgehend davon über ein Instrument zu verfügen, durch das alle anderen Länder mit Erdöl- und Erdgasvorkommen unter Druck gesetzt werden können, von Saudi-Arabien bis Venezuela. Pierre Terzian, Direktor der Zeitschrift *Petrostrategies*, sagt es ganz offen: „Es gibt in der Geschichte kein Beispiel für ein Land, das ein anderes zerstört, ohne seine Ressourcen unter Kontrolle zu bringen. Weshalb sollte der Irak eine Ausnahme darstellen? Wie auch immer die Umstände aussehen mögen, so kommt es in keinem Fall in Frage, die irakischen Reserven anderen Unternehmen als den amerikanischen zuzuteilen.“ (*Le Monde*, 24. September 2002)

Hier haben wir eine Illustration davon, was Imperialismus bedeutet. Sie zeigt auf, wie die grossen industriell-finanziellen Gruppen mit Unterstützung ihres Staates die Aufteilung der Ressourcen, ihre Ausbeutung sowie die Einrichtung von solchen Zwecken dienenden Regimes auf weltweiter Ebene organisieren. Die Aussicht auf eine Minderheitsbeteiligung an der irakischen Erdölbeute wird so manches Land (von Frankreich bis Russland) dazu bewegen, sich mit mehr oder weniger deutlich hörbaren öffentlichen Nebengeräuschen dem Unterfangen einer militärischen Eroberung des Iraks unter Führung des Pentagons anzuschliessen.

„Unser Gesetz“ gilt weltweit

Seit dem 11. September 2001 haben die herrschenden Kreise der USA einen „Krieg gegen den Terrorismus“ gestartet, den sie mit dem „Triumph der Freiheit“ gleichsetzen (vgl. den Bericht über die Strategie der nationalen Sicherheit, den G. W. Bush am 20. September 2002 vorgestellt hat).

Das ideologische Konstrukt zur Legitimation ihrer neuen Expansionsphase beruht auf zwei Elementen: Die USA haben erstens das Recht, im Kampf gegen einen allgegenwärtigen Feind (den „Terrorismus“) überall und jederzeit zu intervenieren. Dies rechtfertigt zweitens vor-

beugende Interventionen (Präventivkriege), die sich auf die Vermutung stützen, ein „legitimes Interesse“ der USA könnte in Gefahr sein. Der amerikanische Imperialismus setzt sein Gesetz (das zum allein gültigen Gesetz wird) in einem geographischen Ausmass durch, das dem globalisierten und militarisierten Projekt der Ausdehnung seiner Herrschaft entspricht.

Aus dieser Sicht ist es logisch: dass die USA sich von allen internationalen Verträgen zurückziehen; dass die Umgehung der UNO als taktische Frage betrachtet wird; dass die Bush-Regierung fordert (und durchsetzt), dass amerikanische Staatsbürger am internationalen Strafgerichtshof nicht angeklagt werden können - insbesondere Verantwortungsträger, die militärische Angriffe auf andere Länder planen, ohne sich in einer zur legitimen Selbstverteidigung berechtigenden Situation zu befinden, was ganz offensichtlich auf die USA im Verhältnis zum Irak zutrifft (gerade die Verantwortung für solche geplanten Aggressionen war aber bei den Nürnberger Prozessen (1945-46) gegen die Eliten des Dritten Reichs der Nazis von zentraler Bedeutung gewesen) -; dass die amerikanische Regierung einen Status ohne jegliche gesetzliche Grundlage für die (nicht verurteilten) Kriegsgefangenen aus Afghanistan erfindet, welche in den Käfigen von Guantanamo gehalten werden; und dass über die Massaker geschwiegen wird, die nach der Eroberung der Gefängnis-Festung von Mazar-i-Sharif (Afghanistan) durch die Nordallianz und amerikanische Spezialeinheiten begangen worden sind.

Doch damit nicht genug. Die USA ermächtigen sich ausserdem dazu, allein zu entscheiden, welcher Staat genügend tugendhaft ist, um Massenvernichtungswaffen besitzen zu dürfen. Zum Beispiel Pakistan, wo Diktator Musharraf das Parlament auflösen darf. Oder der Staat Israel, der eine Kolonialpolitik gegen die palästinensische Bevölkerung umsetzt und keine einzige UNO-Resolution befolgt (obwohl die USA ihm durch ihr Veto im Sicherheitsrat schon nicht weniger als 36 Resolutionen erspart haben!). Oder auch noch die Türkei.

An erster Stelle der „tugendhaften“ Kriminellen wären jene Länder zu erwähnen, deren Einsatz von Massenvernichtungswaffen die Weltgeschichte in jüngster Zeit geprägt hat, von Vietnam über Algerien bis nach Afghanistan: die USA, Frankreich, Russland.

Anders gesagt entspricht die „nationale Sicherheit“, so wie die führenden Eliten der USA sie heute definieren, der Heiligsprechung und Verteidigung der Interessen der transnationalen Konzerne und herrschenden Klassen der USA, in einem tatsächlich weltweiten Massstab.

Generäle auswechseln und Defizite finanzieren

Nach der Eingliederung Osteuropas in die NATO (Polen, Ungarn, Tschechien) und dem militärischen und wirtschaftlichen Fussfassen in Zentralasien (in Ländern mit sehr autoritären Regimes: Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan) in der Hitze des Afghanistan-Gefechts wollen

die USA also nun ihre Herrschaft über den Nahen und Mittleren Osten neu organisieren.

• Der „Regimewechsel“ im Irak steht auf der Tagesordnung. Die entsprechenden Schützlinge der USA sind allerdings eine Karikatur selbst von Karzaï, dem Präsidenten... Kabuls.

Ahmad Chalabi, ein wurmstichiger Financier, ist der Präsident des Irakischen Nationalkongresses, der in Washingtons Werbeprospekten angepriesen wird. Chalabi wird seit 1989 von der Justiz in Jordanien wegen Veruntreuung von Geldern gesucht (200 Millionen Dollar, welche die Petra Bank einklagt) und kann sich nicht in dem Land aufhalten. Er steht Richard Perle sehr nahe, einem der geistigen Väter der militärischen Perspektiven der Bush-Regierung.

Der General Niza Al-Khazraji hat im März 1988 die zweitägige Offensive mit chemischen Waffen in Halabja geleitet! Der hohe Beamte David Mack, der die irakische militärische Opposition koordiniert, sagt von diesem General, er habe „einen guten militärischen Ruf“. Tatsächlich hat er von 1980 bis 1991 im Generalstab Saddam Husseins gedient.

Der Brigadegeneral Najib Al-Sahili hat bei der Invasion Kuwaits eine wichtige Rolle gespielt und danach mit der Republikanischen Garde den Volksaufstand niedergeschlagen. Er hat ein Buch über diese ausserordentliche Leistung verfasst, das den Titel *Das Erdbeben* trägt.

Dieser Art ist also das von den USA finanzierte politische Personal, das den Kern eines Regimes stellen soll, welches Ordnung und Einheit des Iraks garantiert, nachdem Saddam gestürzt worden wäre und ein Teil der Armee die Seite gewechselt hätte. Ein wahrhaftiger „Triumph der Freiheit“.

Für den Fall jedoch, dass diese „irakische Option“ keine stabile amerikanische Kontrolle über den Irak und seine Ressourcen gewährleisten sollte, wird bereits über eine andere „Lösung“ offen diskutiert. In bester imperialistischer Tradition fasst G. W. Bush die Einrich-

tung einer amerikanischen militärischen und politischen Verwaltung ins Auge. Der Irak wäre dann ein Protektorat der USA, und das aus der Bewirtschaftung des Erdöls gewonnene Geld würde die amerikanische Herrschaft finanzieren!

• Die militärische Überlegenheit der USA ist das Fundament dieser Politik des „Regimewechsels“. Gleichzeitig hält sie den Widerstand anderer imperialistischer Bourgeoisien – in Europa oder Japan – in Schach, welche ihre eigenen Interessen zur Geltung bringen möchten. Letztlich bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich offen oder schweigend hinter die USA zu stellen.

Die überlegene Militärmacht der USA – abgesehen von den enormen staatlichen Kapitalzufuhren zu Gunsten der technologisch führenden Unternehmen – ist allerdings auch ein Instrument der Sicherstellung einer internationalen Vorherrschaft, die darauf abzielt, die Kapitalströme in Richtung eines auf allen Ebenen defizitären Reichs zu lenken. So sind die Petrodollars aus der Golfregion in den Jahren 1987 bis 2001 für etwa 40 Prozent der in den USA gekauften Aktien und Obligationen (Schuldtitel) aufgekomen. Hierin ist eine andere Seite des Imperialismus zu erkennen.

Die Bewegung gegen den Krieg ausweiten

Bush hat die Unterstützung der Republikaner und der Demokraten im Kongress gewonnen, um gegen den Irak „Gewalt anzuwenden“ mit dem Ziel, Saddam Hussein „zu entwaffnen, zu beseitigen oder zu töten“. Für die Regierung Bush ist die Unterstützung beider Parteien des Senats und des Repräsentantenhauses wichtiger als der Segen des UNO-Sicherheitsrates, was nur die gegenwärtige Vorherrschaft des amerikanischen Reiches zum Ausdruck bringt. Washington hat bereits die UNO-Inspektoren

auf seine Linie gebracht. Ihr Leiter Hans Blix hat nicht lange Widerstand geleistet: Er wird erst in den Irak gehen, nachdem der Sicherheitsrat eine möglichst provokative neue Resolution verabschiedet hat.

Der UNO-Sicherheitsrat wird also, in welcher Form auch immer, seine Zustimmung geben. Moskau verhandelt über einige Konzessionen betreffend das irakische Erdöl und die Rückzahlung der Schulden des irakischen Regimes. Peking wird sich der Stimme enthalten. Frankreich wird von den USA ein Dankeschön erhalten. Und dieses ganze „UNO-Ding“ (dixit der Präsident), in dem der Bundesrat nun über einen Klappsitz verfügt, wird den heraufziehenden Bush-Wirbelsturm nicht aufhalten.

• Die Bewegung gegen den Krieg steht an einer Wegscheide. In den USA kann sie die wichtigste Rolle spielen. Zu diesem Zweck wäre ein Zusammentreffen der sozialen Kämpfe – die im Umfeld der erneuten Rezession und der Massenentlassungen an Kraft gewinnen – mit dem Widerstand gegen die imperialistische Politik der USA notwendig, welche teilweise durch eine Umleitung von Budgetmitteln von den Sozial- zu den Militärausgaben finanziert wird.

• In Europa wird sich unter dem Impuls der Mobilisierungen in Grossbritannien und Italien eine grosse Bewegung gegen den Krieg entwickeln. Sie wird die Bewegung in den USA unterstützen können, sowie jene sozialen und politischen Kräfte, die im Irak für einen wirklichen Regimewechsel kämpfen, d.h. für eine tatsächliche Umsetzung sozialer und demokratischer Rechte.

• Schliesslich muss in dieser Bewegung gegen den Krieg die Solidarität mit dem Kampf der palästinensischen Bevölkerung ein zentrales Element darstellen, denn die kriegstreiberische Medienkampagne von Bush wirkt zugleich als Massenablenkungswaffe betreffend die Intifada der PalästinenserInnen. ■

Bewegung für den Sozialismus (BFS)

- Ich möchte über die Aktivitäten der BFS informiert werden
- Ich möchte mit der BFS an das Europäische Sozialforum nach Florenz fahren (6.-10. November 2002)

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Einschicken an:

BFS, Postfach 2002, 4001 Basel; bfs-bs@bluewin.ch

MPS, cp 2320, 6501 Bellinzona; mps-ti@bluewin.ch

BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23

MPS-BFS, cp 805, 1701 Fribourg, tél. 079 355 92 38

MPS, cp 209, 1211 Genève 4; e-mail: mpsge@hotmail.com

MPS, cp 120, 1000 Lausanne 20; e-mail: mps-
vd@fastnet.ch, tél. 021 661 20 70

MPS, case postale 2218, 1950 Sion 2;

e-mail: mpsvs@hotmail.com

BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich; e-mail: bfs-zh@bluewin.ch

10/2002

DEBATTE

Die politische Zeitschrift

www.debatte.ch

debatte@bluewin.ch

Debatte, Postfach 8707, 8036 Zürich

Die Nummer 4 ist soeben erschienen. Jetzt Debatte abonnieren!

• Irak: Der imperialistische „Krieg gegen den Terrorismus“ tritt in eine neue Phase

• Deutschland: Was bringt Schröders Wahlsieg?

• Schweiz: Perspektiven der feministischen Bewegung nach einem verlorenen Jahrzehnt - Neue Gewerkschaft, alte Politik - Altersvorsorge: Weg mit den 3 Säulen, für eine Volkspension - Das Zürcher Unigesez bringt drastische Verschlechterungen

• u.a.

Das amerikanische Empire zu Beginn der 21. Jahrhunderts

Diskussion mit Gilbert Achcar

Dozent an der Universität Paris VIII, Mitarbeiter von *Le Monde Diplomatique*, Autor des Buches *Der Schock der Barbarei*

Mittwoch, 23. Oktober, 20 Uhr in Basel, Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1

Donnerstag, 24. Oktober, 19.30 Uhr in Zürich im Volkshaus, Staufferstrasse 60

organisiert von der Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Das amerikanische Empire und die internationale Antikriegsbewegung

Diskussion mit Paolo Gilardi

Mitglied der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und des Mouvement pour le Socialisme (MPS), Genève

Montag, 4. November, 19.30 Uhr in Bern im Politforum Käfigturm am Bärenplatz

organisiert von der Zeitschrift *Debatte*, unterstützt von der Bewegung für den Sozialismus (BFS)